

SEKUNDARSCHULE
Bezirksregierung
gibt Grünes Licht



Bei einem Gespräch mit Leverkusener Stadtratsvertretern hat Regierungspräsidentin Gisela Walsken (SPD) erklärt, dass sie den Leverkusener Ratsbeschluss für eine Sekundarschule grundsätzlich befürwortet.

SEITE C1

OP-12

Bezirksregierung stärkt Sekundarschule

Bei einem Gespräch mit Leverkusener Stadtratsvertretern hat Regierungspräsidentin Gisela Walsken (SPD) erklärt, dass sie den Leverkusener Ratsbeschluss für eine Sekundarschule grundsätzlich befürwortet. Die SPD Leverkusen kritisiert.

VON PETER KORN

LEVERKUSEN Beobachter des gestrigen Treffens von Vertretern des Jamaika-Plus-Mehrheitsbündnisses im Leverkusener Stadtrat konnten sich des Eindrucks kaum erwehren: Viel hätte nicht gefehlt, und die „Jamaikaner“ hätten ihre Veranstaltung abgesagt. CDU-Bildungsexperte Bernhard Marewski brachte die Gründe auf den Punkt: „Regierungspräsidentin Gisela Walsken hat sich derart eindeutig zu unseren Plänen für eine Sekundarschule geäußert – dem ist eigentlich kaum etwas hinzuzufügen.“

In der Tat hatte die Regierungspräsidentin am Vortag den Leverkusenern grundsätzlich Grünes Licht für ihr Vorhaben gegeben, das durch einen Stadtratsbeschluss vom vergangenen Dezember dokumentiert ist.

Sie werde allen Entscheidungen des Stadtrats folgen, die die Bedingungen des Leverkusener Haushaltsausgleichs bis 2018 nicht gefährdeten, hatte die SPD-Politikerin erklärt. Außerdem könne sie die Entscheidung für eine Sekundarschule nachvollziehen. Die Oberstufe, so hatte die Stadt zuvor erläutert, sei qualifiziert und ausreichend im Stadtgebiet vorhanden, so dass es keine Notwendigkeit gebe, diese durch eine etwaige neue Gesamtschule weiter auszubauen.

Argumente, die Leverkusens SPD-Fraktionschef Peter Ippolito – ebenfalls bei dem Termin in Köln anwesend – nicht gerne gehört haben dürfte. Hält seine Fraktion doch starr an einer dritten Gesamtschule fest: Koste es, was es wolle?



Wo heute noch die Hauptschule Neukronenberger Straße zu finden ist, soll nach dem Willen der Leverkusener Stadtratsmehrheit schon bald eine Sekundarschule entstehen.

RP-FOTO: UM (ARCHIV)

In jedem Fall beantragen die Genossen entgegen der Äußerungen ihrer Parteikollegin Walsken, der Stadtrat solle beschließen, dass über die Frage der Errichtung einer dritten Gesamtschule in Leverkusen ein Bürgerentscheid stattfindet. Der soll zeitgleich mit den Kommunalwahlen am 25. Mai 2014 stattfinden,

weil das seine Kosten auf ein Minimum reduziere, führt die SPD weiter aus.

Für CDU-Bildungsexperte Bernhard Marewski ist das „Wahlkampfgetöse pur“. Ippolito stelle den Antrag wohl wissend, dass es einer Zwei-Drittel-Mehrheit für einen solchen Entscheid bedarf, die er im

Rat nie bekommen kann. Anstatt mitzuhelfen, die Eltern darüber aufzuklären, dass eine Sekundarschule in Leverkusen nichts anderes sei als eine Gesamtschule ohne eigene Oberstufe, die aber durch Kooperationspartner für alle Bereiche abgesichert sei, schürten die Genossen Ängste auf Kosten der Eltern.

FAKTEN

Stadt stellt externen Berater ein

Die Stadt Leverkusen hat inzwischen einen externen Berater engagiert, der die Sekundarschule vorbereiten soll. **Heribert Schiffmann**, früher Schulrat im Rheinisch-Bergischen Kreis und jetzt Pensionär, soll seine Fachkenntnis bei der Schulgründung einbringen. Schiffmann und Leverkusens Schürat **Carolin Maus** kennen sich aus früheren Tagen, zudem hat der Pensionär erfolgreich die Gründung der Sekundarschule in Wermelskirchen vorbereitet.

Klar sei, das stellten auch Sabine Ingber (Die Unabhängigen), Dr. Monika Ballin-Meyer-Ahrens (FDP) und Dirk Trapphagen (Grüne) heraus, dass sowohl diverse Gymnasien (darunter Landrat Lucas in Opladen) als auch Berufskollege sich bereits schriftlich als Kooperationspartner beworben hätten.

„Wir werden die Zeit bis zur nächsten Elternbefragung jetzt nutzen, den Leuten deutlich zu machen, was eine Sekundarschule ist“, sagten die „Jamaikaner“ gestern.

Im übrigen habe Gisela Walsken bei dem Gespräch auch mit der Mär aufgeräumt, Leverkusen habe bei der Ankündigung einer möglichen Gesamtschulkooperation mit Burscheid getrickelt. „Sie hat vielmehr deutlich gemacht, dass Burscheid sowohl uns als auch die Bezirksregierung an der Nase herumgeführt hat“, sagte Marewski.